

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhoff 3608-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) H. K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Köpenickerstr. 22-26

10 Pf. [Ausschnitt 15 Pf.] - Nr 137

MONTAG, 21. MÄRZ 1932

ABEND-AUSGABE

Reichskanzler im Wahlkampf

Die Woche nach der Osterpause

Während der Osterferien-Wochen soll nicht nur der Kampf der Parteien ruhen. Sie sollen auch eine allgemeine politische Erholungsperiode werden. Die Mitglieder der Reichs- und der preussischen Regierung nehmen zum größten Teil Urlaub. Der Reichskanzler, der heute und morgen an den Ostsee-Ferien teilnimmt, und dann nach Süddeutschland reist, wird am 4. April erst wieder vor sich hören lassen, wenn er aktiv in den Wahlkampf eintritt und in Stuttgart zu den Wählern spricht. Nachher folgt eine Reise der arten: am 5. April in Karlsruhe, am Tage darauf in Erfurt, am 7. in Hamburg, am 8. in Stuttgart und am Abend vor dem zweiten Wahlgang in Königsberg.

Auch Reichsinnenminister Dr. Goerner, der während der letzten Zeit mehrfach im Mittelpunkt innerpolitischer Erörterungen stand, bildet die nächste Zeit fern von Berlin. Sein Osterurlaub beginnt ebenfalls im Anstich an die Weimarer Ferien, und schon daraus ergibt sich, daß Webungen über eine Währungsfrage zwischen ihm und dem preussischen Innenminister Cövering, die angeblich für Dienstag geplant gewesen waren, nicht zutreffen können. Dr. Goerner und Cövering's Aufstellungen über die Rolle der S. R.-Formationen und über die Blüte der nationalsozialistischen Führung so auseinanderlegen, wie von der Reichs- bekannt wird, ist fast zu bezweifeln. Die Nationalsozialisten behaupten vieles, was einer Nachprüfung nicht standhält; es genügt an die gängigste falsche Darstellung zu erinnern, die sie über die Unterbrechung Ökonomie mit Reichswirtschaftsminister Goerner ausgegeben haben. Obers die Bedeutung einzelner bei die S. R.-Formationen ausgegebenen Äußerungen wird man im Reichsinnenministerium und im preussischen Innenministerium vielleicht nicht ganz derselben Auffassung sein. Aber freimachen über den Charakter der Vorbereitungen, die für die Nacht nach dem ersten Wahlgang getroffen worden sind.

Reichsminister Goerner hat vor seiner Abreise den Bundsch ge-

äußert, daß auch der Absturz von Osterrücken sofort respektiere, daß er politische Vorträge in seinem Programm überhaupt vermeide. Begrüßte, daß die Frage gestellt wird, wie es das Reichsinnenministerium mit dem „Jugendtag“ halten wolle, den die

für den Ostermontag in Braunschweig anberaumt haben. Es wird vom Reichsinnenministerium erklärt, es könne sich nicht vorstellen, daß Braunschweig gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen würde. „Dort man aus dieser Erklärung schließen, daß Herr Goerner sich vor seiner Abreise aus Berlin darüber vergewissert hat, daß das Jugend-Treffen in Braunschweig am Ostermontag unterbleiben wird? Die Reichsregierung ist sich sicherlich darüber klar, daß eine nationalsozialistische Demonstration am Ostermontag ein empfindlicher Schlag gegen die Autorität der Reichsgewalt wäre, geführt von einem der kleinsten Länder.“

Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits seinen Osterurlaub angetreten. Reichswehrminister Treutmann hat sich zu einer Gasteierreise nach London begeben. Die Mehrzahl der preussischen Kabinettsmitglieder wird während der Osterwoche von Berlin abwesend sein.

Umgehungsversuche in Braunschweig?

Zu dem für Ostermontag trotz Osterferien geplanten Braunschweiger Treffen der Hitler-Jugend wird noch gemeldet:

Die Nationalsozialisten suchen ein Verbot der Rundgebung anzuheben dadurch zu umgehen, daß sie erklären, es handle sich bei dieser Rundgebung um eine „schloßlose Versammlung“. Das Reichsinnenministerium ist aber der Auffassung, daß politische Zusammenkünfte nicht als Mitgliedsversammlungen betrachtet werden können, wenn bestimmte Zahl der Teilnehmer überschritten wird.

Lloyd George als Ankläger

Bericht der Vossischen Zeitung

LONDON, 21. MÄRZ

Wäre die Welt nicht immer noch an den bösen Folgen der politischen und wirtschaftlichen Unstimmigkeiten der Friedensverträge, sie könnte mit behaglicher Schadenfreude oder philosophischen Lächeln dem Streit der Staatsmänner und Wirtschaftler zuhören, die sich gegenseitig vorhalten, daß sie selbst natürlich das richtige gesehen, die andern aber natürlich das falsche getan haben.

Das scharfe Vändchen, das Englands Kriegspremierminister Lloyd George eben unter dem Titel „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden“ hat erscheinen lassen, und das mehr als die Ebene eines Berichts der wirtschaftlichen Wiederherstellung, der durch die Verträge geschiedenen politischen Einheit der Donauwälder gibt den englischen Zeitungen neue und reichliche Gelegenheit, über die „Wahrheit post festum“ (wie heute die „Times“ in ihrem Leitartikel über das Lloyd-George-Buch schreibt) hämisch oder einfühlsam zu philosophieren.

Auf Lloyd George gibt diesem Vorwurf durch seine Berufung aus, ist kein Zweifel. Das ganze Buch hat vor den einen Zweck, zu beweisen, daß er in den kritischen Tagen in Paris und Versailles alles, was selbst eingetreten, vor auszuweisen hat, und nachdem er an der Hand von Sitzungsvorlesungen und Briefen diesen Beweis führt, ergeht er sich in längeren Ausführungen an die heutigen Staatsmänner, wie sie es anfangen hätten, um die schweren und gefährlichen Fehler von damals wiederzugutmachen.

Diese guten Ratschläge und diese sehr reichlichen Beweiser könnten in der Welt, und vor allem in Deutschland, und den übrigen Ländern und Völkern, die in Versailles und den anderen Französischen Städten, nach denen die Verträge heißen, nur mehr oder weniger Allerer Zufuß waren, neue Hoffnung erwecken, wenn der Mann, der sie ausspricht, heute mehr als nur ein interessanter und getreuer politischer Zeitgenosse wäre.

So aber kann man ihnen wieder nicht entgegenhalten, wenn sie sich beständig mit Bitterkeit fragen, warum dieser Mann, als er alle Macht hatte, die ihm sein Amt als Premierminister von England und sein Verträge als „Vater des Sieges“ gaben, nichts getan und nichts durchgeführt hat, um die Dinge zu hindern, deren schreckliche Folgen er nach eigenem Zeugnis so klar vorausahnte. Es nicht ihm auch nichts, wenn er sich hinter die „Schwerflichten“ „Gutachten“ wirtschaftlicher und finanzieller Experten aus Frankreich und England stellt, die damals eine Reparationsverhandlung aufstellten, die der „Doll-Block“ heute nicht bei der Bedingung eines unerschöpflichen und unbegrenzten Hotelwires vergleicht. Es gab grade in England schon damals Wirtschaftler hohen Ranges, die, wie Keynes und McKenna, öffentlich auf den verbrecherischen Unstimmigkeiten der Willkürbefehle hinwiesen. Lloyd George hat weder ihre Autorität zu Hilfe gerufen noch selbst durch persönliche Ausfertigung der öffentlichen Meinung in England die ihr Rückhalt geschaffen, den er allerdings nötig gehabt hätte, um in Paris durchzubringen.

In den Dingen, deren schärfste Folgen vorausgesehen zu haben, Lloyd George hat weder nicht behauptet, gehört auch in erster Linie die politische Geringschätzung und wirtschaftliche Zerstückelung Oesterreich-Ungarns in der Form, in der sie geschah.

Wenn aber die „Times“ auf derselben Seite, auf der sie Lloyd George späte Erkenntnis vorwirft, in einem Leitartikel über die Donauabendationspläne von dem „wirtschaftlichen Chaos“ spricht, „Das Mitteleuropa durch die politische Zerstückelung einer nationalen wirtschaftlichen Einheit auseinander zerlegt wurde“, so kann man der Zeitung nur den gleichen Vorwurf machen. Die betroffenen Länder und Völker mußten sich erst wirtschaftlich fast zu Tode bringen, Not, Armut und Kulturverfall mußten erst einen Grab erodiert haben, dessen Auswürfungen auch den reichen Gliedern der europäischen Menschheit bedrohlich wurden, bevor man dort und vor allem auch in den Abhandlungen mander englischer Blätter beginnt und es anfangs doch die Welt an den sogenannten Friedensverträgen leide und noch lange leiben wird.

Siehe bringt die „Times“ einen sehr ausführlichen und eindringlichen Artikel über den Stillstand des wirtschaftlichen Lebens im Ausgriechen und alles, was er für seine Bewohner bedeutet. Aber es ist noch wenig über ein halbes Jahr her, da brachte dieselbe Zeitung Artikel eines Korrespondenten, die nur den einen Zweck haben tonnen

Revision im Schultheiß-Prozess

Die Staatsanwaltschaft ruft das Reichsgericht an

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Schultheiß-Prozess in vollem Umfang Revision eingeleitet. Es will die darin behandelten Rechtsfragen zur Nachprüfung durch das Reichsgericht bringen. In welchem Umfang dies tatsächlich geschehen wird, hängt naturgemäß von der schriftlichen Urteilsabgrenzung ab, da erst auf dieser Grundlage zu ermitteln sein wird, wie weit das Urteil aus juristischen Gründen anfechtbar ist.

Sicherlich ist das Urteil zu einem großen Teil durch rein tatsächliche Feststellungen begründet, die mit der Revision nicht anfechtbar sind. In anderen Punkten, wie z. B. hinsichtlich der Berechnung des Forderungsberechens und der Entschädigung der unterliegenden Miteilungen durch Interessen der Gesellschaft handelt es sich um reine Rechtsfragen, zu denen das Reichsgericht neue Stellung nehmen könnte.

Ob die Berechnung Rabattenbogens oder Penzin Revision einlegen wird, ist noch nicht entschieden.

Bier für Amerika?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 21. MÄRZ

„Aus wirtschaftlichen und statistischen Gründen“ hat der Unteransatz des Industrieanstufes im Senat die Verhüllung eines vierprozentigen Bieres für Amerika empfohlen. Man verspricht sich dadurch eine „Einschränkung der Kriminalität“ und eine „Besserung der Mäßigkeits“.

*

Wie geht es in Amerika auf Grund des Volkstums-Aktus nur die Verhüllung eines einhalbprozentigen Bieres gestattet. Das neue vierprozentige Bier würde immerhin ein gutes Gebrauchsbier sein (männlich auch der Durchschnit der deutschen Biere achtprozentig ist). Die Vorteile, die diese

Bresche in das amerikanische Prohibitions-Gesetz bringen würde, sind zahlreich: einmal ließe das Bier sich wohl bevollern. Dann siele der riesige Kontrollapparat für das heimliche Bierbrauen fort; es würde eine neue sehr umfangreiche Industrie geschaffen, die zahlreichen Arbeitslosen Verdienst ermöglichen würde.

Der Weg, den dieser Gesetzesvorschlag bis zur Gültigkeit zu passieren hat, ist jedoch so enlos, daß die Aussichten für seine Annahme sehr gering sind. Nach dem Unteransatz muß der Industrieanstuf ihn mit einfacher Mehrheit annehmen, dann Senatplenum und Repräsentantenhaus mit Zweidrittelmehrheit, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, und schließlich müssen Dreiviertel aller Einzelstaaten, also 36 Staaten, das Gesetz noch einmal besonders gutheissen, bevor es genehmigt ist. Auf jeden Fall würde die Prozedur mehrere Jahre in Anspruch nehmen.